



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba
E-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 14.09.2007

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 20. September 2007, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift

2. Mitteilungen

3. Fragestunde

4. **07-F-25-0097**

Touristisches Wegeleitsystem verbessern und erweitern
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 11.09.2007 -

Seite 2 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. September 2007

Die Tourismusbranche ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Investitionen in diesem Bereich zahlen sich mehrfach aus: Sie stärken den Mittelstand und den Dienstleistungssektor, sie schaffen Arbeitsplätze und sie tragen dazu bei, die Stadt für Gäste attraktiv zu machen.

Wiesbaden hat faszinierende und abwechslungsreiche Straßen, Plätze, Quartiere, Grün- und Parkanlagen, Gewässer und Wälder. Ebenso ist Wiesbaden eine Stadt mit kultureller Vielfalt, interessanter Geschichte sowie sehenswerter Architektur. Die heutigen Anforderungen an den Tourismus lassen es nötig erscheinen, die bestehenden Potentiale noch weiter zu entwickeln und auf die unterschiedlichsten Arten noch zusätzlich zu erweitern. Dazu bedarf es neben dem schon bestehenden professionellen Marketing auch eines prägnanten und umfassenden Wegeleitsystems, denn ein solches Leitsystem ist wichtig, um sich als Tourist in einer Stadt zurecht zu finden.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Ein umfassendes Wegeleitkonzept vorzulegen, in dem unter anderem dargestellt wird, in welchem Umfang und in welcher Art eine bereits vorhandenen Beschilderungen zu Wiesbadener Sehenswürdigkeiten, Hotels, Restaurants, Museen und anderen touristisch relevanten Orten existiert;
2. Im Vorfeld der Konzepterstellung gemeinsam mit dem Stadtmarketing und den Kurbetrieben Gespräche mit ADFC, ADAC, den sich mit dem Tourismus befassenden Organisationen und Initiativen, dem Kur- und Verkehrsverein sowie Vertretern der Gastronomie zu führen, um Schwächen aufzuzeigen und mögliche Lösungen dieses Wegeleitsystems zu erarbeiten;
3. Auf der Basis dieser Analysen eine Handlungsempfehlung in dem Konzept darzulegen, in welcher Form das bestehende Leitsystem erweitert und verbessert werden kann. Hierbei muss folgende Frage Berücksichtigung finden: Wie kann welche Sehenswürdigkeiten, welches Museum, welche Herberge oder sonstige touristisch relevante Örtlichkeit durch auswärtige Gäste erreicht werden?

Die Beantwortung dieser Frage sollte sich klar an den einzelnen Verkehrswegen orientieren, d.h. wie diese Orte

- a. mit dem eigenen Auto oder Motorrad,
 - b. mit dem öffentlichen Personennahverkehr,
 - c. mit dem Fahrrad,
 - d. als Wanderer oder Spaziergänger zu Fuß, erreicht werden können.
4. In diesem Konzept thematische Routen festzulegen, d.h. per Hinweis- oder Routenschild geführte eigenständig begehbare Routen (nicht mit einer Führungsperson) zu bestimmten Zielen dieser Stadt zu realisieren, die thematisch zusammenhängen und für Wiesbaden bedeutsam sind, z. B.
 - a. Eine „Route der Quellen“,
 - b. eine Route „Auf den Spuren des Historismus“,
 - c. eine Route „Wiesbaden - die Nassauische Residenz“,
 - d. eine Route „Kulturstadt Wiesbaden“ oder
 - e. „Das wichtigste im Historischen Fünfeck“;
 5. Darüber hinaus neue Angebote auszuarbeiten und bestehende einzubinden, die sich an den unterschiedlichen Zielgruppen und Aufenthaltszeiten orientieren und diese als Publikationen oder Führungsangebot zur Verfügung gestellt werden, z. B.
 - a. „Wiesbaden in einem Tag“, „Wiesbaden in zwei Tagen“, „Wiesbaden in drei Tagen“,
 - b. „Wiesbaden für Senioren“,
 - c. „Wiesbaden für Kinder und Familien“ oder
 - d. „Wiesbaden für Gehörlose“.
 6. In Ergänzung des bestehenden Programms der unterschiedlichen thematischen Stadtführungen einen durch den einzelnen Touristen selbst nachvollziehbare Stadtrundgang mit Hilfe audiovisueller technischer Hilfsmittel zu entwickeln und anzubieten (vgl. Städte wie Augsburg, Basel, Dresden, Erfurt, Görlitz, Graz, Hamburg, <http://de.itour.de/cnt/160306074619.htm> Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Leipzig,

<http://de.itour.de/cnt/160306074619.htm>Lübeck, München, Neumarkt, Rothenburg, Saalfeld, St. Gallen oder Weimar).

7. An den touristischen Zielen entsprechende Hinweisschilder in einem Corporate Wiesbaden Design aufzustellen, die den Besucher entsprechend informieren. Denkbar wäre hier der Einsatz von Hilfsmitteln wie Hinweistafeln oder technischen Geräten für Erklärungen, Erläuterungen, Hintergrundinformationen etc.;
8. Darzustellen, an welchen Punkten in der Landeshauptstadt Wiesbaden, ergänzend zum bisherigen Wegeleitsystem, zusätzlichen Schilder angebracht werden müssen, um eine adäquate touristische Erschließung der sehenswerten Orte in Wiesbaden durch ein engeres Schildernetz zu gewährleisten;
9. Im Anschluss eine Kostenanalyse aufzustellen, die den notwendigen Finanzmittelbedarf für Beschilderung und Verwendung technischer Hilfsmittel ermittelt und welche darstellt, wie über den städtischen Anteil hinaus Gelder von Dritten akquiriert werden können sowie
10. die städtischen Gremien über den jeweils aktuellen Sachstand zu unterrichten und dieses Konzept zur abschließenden Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

5. 07-F-01-0096

Wirtschaftlichkeitsgutachten zum geplanten Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 11.09.2007 -

In den wenigen der Stadtverordnetenversammlung - und damit den Bürgerinnen und Bürgern der Landeshauptstadt Wiesbaden - vorliegenden Informationen zur Wirtschaftlichkeit des geplanten Steinkohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue wird seitens der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) immer wieder betont, dass sich der rund 940 Millionen Euro teure Kraftwerksbau, von dem unwidersprochen behauptet wird, er könne auch auf 1,2 Milliarden Euro ansteigen, wirtschaftlich rechnet.

Die dem Stadtparlament bis heute bekannten Gutachten lassen an dieser Tatsache zweifeln. Außerdem lassen sie die Tatsache außer Acht, dass über Jahrzehnte hinweg rund vier Millionen Tonnen des klimaschädigenden Treibhausgases CO₂ in die Luft geblasen werden, dass weitere Schadstoffemissionen zu erwarten sind und auch das zur Kühlung vorgesehene Rheinwasser erwärmt wird, was Folgen für die Tierwelt des Flusses und das Klima des Rheintals haben könnte.

Dass dieses Kraftwerk sich ökologisch verheerend auswirkt steht außer Frage. Aber auch die Wirtschaftlichkeit dieses Neubaus erscheint angesichts aktueller politischer Entwicklungen immer unsicherer.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

- Der Magistrat wird aufgefordert, die Fragen des am 28. Februar 2007 von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossenen Antrags zu beantworten.
- Der Magistrat wird gleichfalls aufgefordert, über die ESWE-Versorgung bzw. die KMW ein aktualisiertes Wirtschaftlichkeitsgutachten anzufordern. Dieses Wirtschaftlichkeitsgutachten ist in seinen Passagen über prognostizierte Umsätze des geplanten Kraftwerks der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

In diesem Gutachten sollen vor allem folgende Faktoren mit einbezogen werden:

- Die bisherigen Studien gehen von einem gleich bleibenden (niedrigen) Kohlepreis aus. Andere Studien widersprechen dieser Annahme - auch angesichts einer Steigerung des Steinkohlepreises von 38 Euro/t (1996) auf 65 Euro/t (2005), also um rund 70 Prozent in den vergangenen neun Jahren. Hier müssen zumindest Minimal- und Maximalszenarien entwickelt werden.
- Mittlerweile steht fest, dass ein bestimmter Anteil der Verschmutzungszertifikate in jedem Fall angekauft werden muss. Angesichts einer momentan geplanten Bauleistung von 27.000 MW Kohlestrom aus neuen Kraftwerken, ist zu erwarten, dass der Preis für Verschmutzungszertifikate steigen wird. Diese neuen Entwicklungen müssen ebenfalls in das aktualisierte Wirtschaftlichkeitsgutachten einfließen.
- Das erste Gutachten geht offenbar davon aus, dass die Wirtschaftlichkeit des neuen Kraftwerks durch eine beliebige Erhöhung der Strompreise gegeben ist. Das heißt, die KMW nimmt offenbar an, mögliche Kostensteigerungen direkt an die Kunden weitergeben zu können. Gegenstand der aktualisierten Wirtschaftlichkeitsrechnung muss daher ebenfalls sein, zu fragen, ob dabei auch die Veränderung des Strompreises nach unten berücksichtigt ist (was sich aus der von der EU gewollten Liberalisierung des Strommarktes ergeben könnte). Gleichfalls ist zu prüfen, ob die Annahme, den Strompreis direkt auf die Abnehmer umlegen zu können, auch angesichts aktueller Preisnachlässe anderer Anbieter haltbar ist.
- Die bisherige Debatte um die Wirtschaftlichkeit des Kohlekraftwerks war von den KMW im Wesentlichen dadurch geprägt, dass die Einkaufspreise für Kohle im Gegensatz zu Gas langfristig kalkulierbarer seien und auch langfristige Verträge abgeschlossen werden könnten. Die Wirtschaftlichkeit einer Anlage ist allerdings auch davon abhängig, welcher Preis für eine KW-Stunde am Markt erzielt werden kann. Nach den öffentlichen Informationen soll das geplante Kohlekraftwerk eine elektrische Leistung von rund 820 MW haben. Etwa 50 Prozent dieser Leistung sollen an Kunden aus Wiesbaden, Mainz und Darmstadt verkauft werden, die restlichen 50 Prozent an andere Kunden. In diesem Zusammenhang soll das Gutachten folgende Fragen beantworten:
 - Gibt es bereits Verträge mit möglichen Kunden, bzw. wie ist gesichert, dass diese Leistung auch abgenommen wird?
 - Wie hoch wird das Risiko eingeschätzt, die vertraglich nicht abgesicherte Leistung zu dem kalkulierten Preis verkaufen zu können?
 - Unterscheidet die Kalkulation zwischen den vorhandenen Kunden aus der Region und der Restleistung, die zu verkaufen ist und wenn ja wie?
 - Wie verändert sich das Ergebnis, wenn die genannte Restmenge insgesamt oder zu Teilen nicht verkauft werden kann?
 - Ab welcher nicht verkauften Leistungsmenge (elektrisch) wird die Anlage unwirtschaftlich?
 - Wie hoch wird das Risiko bewertet, mit dem Betriebsergebnis im Wesentlichen von einer Großanlage abhängig zu sein? Ab welchen Stillstandszeiten pro Jahr wird die Anlage unwirtschaftlich?
- Wurde seitens der KMW auch geprüft, ob durch die gemeinsame Errichtung des bereits genehmigten Gaskraftwerks auf der Ingelheimer Aue mit einem ausländischen Gasproduzenten (z. B. einer norwegischen Firma) ein langfristiger Gasliefervertrag möglich ist? Mit welchem Ergebnis und mit welchen Firmen wurden Gespräche hierzu aufgenommen?
- Schließlich ist als Fragestellung zu berücksichtigen: Wird es dauerhaft möglich sein, das benötigte Kühlwasser aus dem Rhein zu entnehmen? Welche ökologischen Folgen könnte dies haben und wie verhält sich diese Tatsache bei Niedrigwasser?

6. 07-F-25-0102

Beitragsfeier Halbtagsplatz im vorletzten Kindergartenjahr
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 12.09.2007 -

Verbesserungen für Kinder und Familien in Wiesbaden sollen weiterhin im Zentrum der Kommunalpolitik stehen. Neben dem quantitativen und qualitativen Ausbau von Betreuungsangeboten gehört die stärkere Betonung des Bildungsaspekts sowie flexiblere Öffnungszeiten dazu, um den Bedürfnissen junger Familien bei der Bewältigung des (Arbeits-) Alltags besser Rechnung tragen zu können. Und nicht zuletzt sollen die Familien durch sozial ausgewogene Gebühren finanziell merklich entlastet werden.

Nachdem zum 1.1. dieses Jahres bereits die Gebühren für einen Halbtagsplatz im letzten Kindergartenjahr weggefallen sind und der Ganztagsplatz von 140 Euro auf 30 Euro gesenkt wurde soll dies nun auch für das vorletzte Kindergartenjahr gelten. Die neue Festsetzung gilt unabhängig von der Trägerschaft.

Mit diesem gewaltigen finanziellen Kraftakt werden in Wiesbaden die Eltern von mehr als 2500 Kindern pro Jahr entlastet.

Eingedenk dieser Vorbemerkung wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

1. im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen die finanziellen Mittel für die Beitragsfreistellung für den Halbtagsplatz, sowie die Beitragssenkung von 140 Euro auf 30 Euro im vorletzten Kindergartenjahr einzustellen.
2. sicherzustellen, dass SGB II–Empfängerinnen und Empfänger im Bedarfsfall auch die geringe Gebühr von 30 Euro für einen Ganztagsplatz erstattet wird.

Des weiteren wird der Magistrat aufgefordert dafür zu sorgen, dass diese Änderungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingeführt werden.

7. 07-F-22-0004

Baumpatenschaften
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 11.09.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, wie er das vorhandene Potenzial an bürgerlichem Engagement und das Interesse der Bürger an Baumpatenschaften nutzen und fördern will.

Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sollten die Bürger für diese ehrenamtliche Tätigkeit gewonnen und durch die Verwaltung die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Erfahrungen anderer Städte sind bei der Umsetzung mit zu berücksichtigen.

Begründung:

Es ist feststellbar, daß bei Wiesbadener Bürgern ein Potenzial ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen vorhanden ist. Zunehmend wird Interesse für die Übernahme von Baumpatenschaften geäußert. Es gibt bereits sehr erfolgreiche Projekte in der Innenstadt, zum Beispiel Bahnhofstr., Rheingauviertel und auch in den Vororten (Biebrich) haben Bürger sich vorbildlich diesen Aufgaben gewidmet. Wir wollen nun auch städtischerseits dieses Engagement der Bürger unterstützen, z.B. mit sachkundiger Beratung, Informationen und zur Verfügung stellen von Pflanzen, damit die Eigeninitiative der Bürger anerkannt wird und sie motiviert werden auch weiterhin zur Aufwertung ihres Wohnumfeldes beizutragen.

8. 07-F-04-0004

Konsequenzen für Wiesbaden aus der aktuellen Bedrohungslage durch islamistische Terroristen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 12.09.2007

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird aufgefordert zu berichten:

1. Welche Konsequenzen er aus der o.g. Bedrohungslage zu ziehen gedenkt.
2. Wie das Verhalten der Vertragspartner der sog. „Integrationsvereinbarung“ nach der Aufdeckung der jüngsten Anschlagpläne in Deutschland war, insbesondere darüber, ob die islamischen Gemeinden bereit sind, islamistisch eingestellte Mitglieder auszuschließen und den Sicherheitsbehörden zu melden.
3. Wie der Magistrat bei seinen künftigen Aktivitäten die aus seiner Sicht unterstützungswürdigen islamischen Vereinigungen von getarnten, islamistisch - terroristischen Zentren zu unterscheiden.

9. 07-F-06-0038

Klimaschutz sozial gestalten - CO2-Ausstoß senken - Leistungsberechtigte nach SGB II und XII finanziell entlasten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 12.09.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In Abstimmung mit der ESWE Versorgungs AG erhält das Amt für Soziale Arbeit Energiesparlampen, von denen je 5 an alle Leistungsberechtigten nach SGB II und XII kostenlos abgegeben werden.
2. Die Kosten für diese Aktion werden aus Gründen des Klimaschutzes von der ESWE Versorgungs AG getragen. Hilfsweise beteiligt sich die Stadt finanziell an dieser Maßnahme.

10. 07-F-07-0030

Landschaftsschutz
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 22.08.2007 -

Vorbemerkung:

Seite 7 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. September 2007

In Deutschland gibt es einen dramatischen Landschaftsverbrauch. In den letzten Jahren wurden täglich durchschnittlich 120 Hektar freies Land verbaut. Die Bundesregierung will diese Quote bis 2020 auf 30 Hektar reduzieren und erwartet dabei Unterstützung durch die Kommunen. Im Bundesnaturschutzgesetz §7 heißt es: „Bei der Bewirtschaftung von Grundflächen im Eigentum oder Besitz der öffentlichen Hand sollen die Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege in besonderer Weise berücksichtigt werden“.

Wie hat sich die Landschaft auf Wiesbadener Gebiet entwickelt? Wie wird es in Zukunft weitergehen?

Im Hinblick auf diese Fragen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

1. wie groß (in Hektar) der Landschaftsverbrauch im Wiesbadener Raum seit 2000 ist und wie er sich gemäß den städtischen Planungen entwickeln wird;
2. ob und wenn ja, in welchem Ausmaß Flächen betroffen waren und werden, die unter Landschaftsschutz-, bzw. Naturschutz stehen;
3. wodurch die Kürzung der Haushaltsmittel für Landschaftspflegemaßnahmen von mehreren hunderttausend Euro gegenüber früher begründet ist und ob der Magistrat beabsichtigt, sie wieder auf das frühere Maß anzuheben;
4. wie die Verwaltung gedenkt, bei der von der Bundesregierung angestrebten Reduzierung des Landschaftsverbrauchs mitzuwirken und die Forderung des Naturschutzgesetzes nach einem pfleglichen Umgang mit der Landschaft zu erfüllen.

11. 07-A-24-0007

Bericht zur Besetzung der Stelle eines/einer hauptamtlichen Beigeordneten (Stadtrat/Stadträtin)

ANLAGE

12. 07-S-00-0006

Wahl eines/einer hauptamtlichen Beigeordneten (Stadtrat/Stadträtin)

ANLAGE

13. 07-F-25-0079

Familienfreundliches Wiesbaden II - Familienfreundliche Behörden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 20.06.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Familienfreundlichkeit in öffentlichen Einrichtungen nutzt Besucherinnen und Besuchern dieser Institutionen und ist für die Kommune ein Imagegewinn.

Familienfreundliche öffentliche Einrichtungen mit einer familienbewussten Personal-Politik werden auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen. Eine

Seite 8 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. September 2007

familienfreundliche Personalpolitik in Form von flexibler Arbeitszeitgestaltung, familienbewusstem Verhalten von Führungskräften und aktiver Unterstützung familienorientierter Vereinbarungen lohnt sich auch für die Kommune als Arbeitgeber. Erhöhte Motivation und Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu erwarten.

Der Magistrat wird beauftragt darzulegen, welche öffentlichen Einrichtungen in der Stadt Wiesbaden für Besucherinnen und Besucher mit Kindern und / oder pflegebedürftigen Angehörigen bereits als familienfreundlich bezeichnet werden können.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt darzulegen, welche verbindlichen Fördermaßnahmen in Sachen "Familienfreundlichkeit" zukünftig unternommen werden müssen. Hierbei soll zusätzlich der finanzielle Aufwand und der Zeitplan für entsprechende familienfreundliche Maßnahmen benannt werden. Die in Betracht kommenden familienfreundlichen Maßnahmen sind konkret zu bezeichnen.

Der Magistrat wird beauftragt, alle für eine Zertifizierung der öffentlichen Einrichtungen Wiesbadens durch das Audit berufundfamilie der gemeinnützigen berufundfamilie GmbH - einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung - erforderlichen Maßnahmen - und zwar aufgeschlüsselt nach den acht Handlungsfeldern des Audits berufundfamilie der gemeinnützigen berufundfamilie GmbH "Arbeitszeit", "Arbeitsorganisation", "Arbeitsort", "Informations- und Kommunikationspolitik", "Führungskompetenz", "Personalentwicklung", Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen" und "Service für Familien" - zu veranlassen.

Der Bericht des Magistrats wird im September dieses Jahres erwartet.

ANLAGE

14. 07-F-01-0097

Beratungsleistungen für den Klimaschutz "1000 gute Gründe zum Energiesparen"
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 11.09.2007 -

Die Verbesserung der Energieeffizienz in allen Bereichen des täglichen Lebens ist eine der besten und billigsten Möglichkeiten, praktischen Klimaschutz zu betreiben und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Hausbesitzer sind hierbei eine besonders wichtige Gruppe, da viele gerade ältere Häuser noch nicht energetisch saniert sind und hier massiv Energie eingespart werden kann.

Momentan fungiert die Klimaschutzagentur als erste Anlaufstelle für Information und Beratung zur energetischen Sanierung von Ein- und Mehrfamilienhäusern. Eine eingehende Beratung wird von der Agentur vermittelt, diese fachliche Untersuchung kostet 180,- Euro, davon tragen 90,- Euro der Klimaschutzfonds der ESWE Versorgungs AG, die anderen 90,- Euro muss der Hausbesitzer bzw. die Hausbesitzerin selbst aufbringen.

Um diese energetische Sanierung stärker zu bewerben und gleichzeitig attraktiver zu machen, bedarf es eines stärkeren Engagements der Landeshauptstadt Wiesbaden, die es ja zu ihrem Ziel erhoben hat, die Energieeffizienz in der Stadt deutlich zu verbessern.

Deshalb möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ein Programm „1000 gute Gründe zum Energiesparen“ (Arbeitstitel) aufzulegen. Träger des Programms ist die Klimaschutzagentur Wiesbaden. Die Haushaltsmittel von 100.000 Euro sind außerplanmäßig bereitzustellen. Das Programm enthält folgende Komponenten:

Seite 9 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. September 2007

- Die Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer in ihrem Bemühen, ihre Häuser energetisch zu ertüchtigen. Sie stellt dafür 100.000 Euro zur Verfügung.
- Davon fließen 90.000 Euro (1000 x 90,- Euro) in die Erstberatung. Damit finanziert die LHW 1000 Erstberatungen zu jeweils 50 Prozent.
- Die andere Hälfte der Beratungskosten wird weiterhin aus dem Klimaschutzfonds der ESWE Versorgungs AG erbracht.
- Die übrigen 10.000 Euro werden für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing verwendet.
- Spätestens nach 12 Monaten Laufzeit erfolgt durch die Klimaschutzagentur eine Evaluation des Programms.

15. 07-F-25-0101

Neubau Kunstrasenplatz Wiesbaden-Bierstadt
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 11.09.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit den Baumaßnahmen für den Kunstrasenplatz in Wiesbaden-Bierstadt bereits in diesem Jahr zu beginnen, damit gewährleistet ist, dass die Arbeiten bis zum 75jährigen Jubiläum des Vereins abgeschlossen sind und im Vorgriff auf den Haushalt 2008/2009 die dafür notwendigen Mittel bereits in 2007 zur Verfügung zu stellen

16. 07-F-25-0098

Umsetzung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 -

Vorbemerkung:

Gleichstellung und Integration von behinderten Menschen und die Sicherung der sozialen, kulturellen, gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist das Ziel der Wiesbadener Behindertenpolitik. Seit 1994 ist das Benachteiligungsverbot im Grundgesetz festgeschrieben. In Wiesbaden leben rund 30 000 Menschen mit Behinderungen, ihre Lebenswirklichkeit entspricht jedoch immer noch nicht den Vorgaben der Verfassung. Behinderte Menschen stoßen auch in Wiesbaden immer noch und immer wieder auf Barrieren.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dafür zu sorgen, dass mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen zur Herstellung der Barrierefreiheit Zielvereinbarungen nach § 3 Abs. 2 und 3 HessBGG getroffen werden.

Seite 10 der Einladung zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20. September 2007

Des weiteren wird der Magistrat beauftragt, gemäß § 9 Abs. 2 HessBGG zu prüfen, ob und wie in Wiesbaden die Ziele des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes bei allen Planungen und Maßnahmen umzusetzen ist.

Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2008 vorzulegen.

17. 07-F-25-0099

Zukunft der stationären Altenpflege in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 -

Vorbemerkung:

„Alt sein“ bzw. „Alt werden“ gewinnt durch den demografischen Wandel auch in Wiesbaden eine größere Bedeutung. Die Infrastruktur in Wiesbaden ist daher zukünftig stärker dem wachsenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen anzupassen. Umfragen belegen, dass selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden, auch bei Pflegebedürftigkeit, von immer mehr älteren Menschen gewünscht wird. Durch den Ausbau von vernetzten, wohnortnahen und ambulanten Pflege- und Hilfsdiensten kann diesen Wünschen Rechnung getragen werden.

Neben der Stabilisierung und dem Ausbau ambulanter Angebote wird weiterhin - insbesondere für hochbetagte und kranke ältere Menschen - ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Angebot an stationären Wohn- und Pflegeangeboten notwendig sein. Ansprüche und Anforderungen an Angebote der stationären Altenpflege haben sich jedoch in den letzten Jahren sehr verändert. Kommunale Altenhilfepolitik muss sich diesen Veränderungen stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Trägern in der ambulanten und stationären Altenhilfe eine mit den Trägern abgestimmte neue Gesamtkonzeption für Wiesbaden vorzulegen. In die Beratungen sind der Seniorenbeirat, der AK der Behindertenorganisationen und die im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen einzubeziehen. Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2008 vorzulegen.

18. 07-F-25-0100

ÖPNV-Offensive

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung befürwortet die Offensive zur Stärkung des ÖPNVs, die am 09.08.07 von Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller und Geschäftsführer von ESWE Verkehr Stefan Burghardt vorgestellt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass über die Preisgestaltung hinaus Fahrgäste mit Maßnahmen zu mehr Pünktlichkeit und kürzeren Fahrzeiten gewonnen werden sollen. Dies kann mit einer Reihe von Maßnahmen geschehen, die große Effekte erwarten lassen. Als Start wird ein Programm zur Busbeschleunigung vorgeschlagen.

Mit diesem Maßnahmenbündel werden die Busse auf den wichtigsten Linien deutlich schneller und pünktlicher. Damit wird Busverkehr in Wiesbaden entscheidend vorangebracht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dafür Sorge zu tragen, dass die Busspuren der Friedrich- und Luisenstr. von Falschparkern freigehalten werden sowie dass Lieferverkehr auf den genannten Busspuren nur in Schwachlastzeiten zugelassen wird.
2. zu prüfen
 - a. wie es an der Äppelallee / Ausfahrt Bergiusstr. möglich ist, die Beschleunigungen der Buslinien, unter anderem der verspätungsanfälligen Linie 14, zu erreichen
 - b. wie die Ampelschaltung an der Kreuzung Bierstädter Str. / Frankfurter Str. verändert werden kann, damit Rückstaus stadteinwärts für alle Linien aus Bierstadt verhindert werden können.
 - c. wie die Busse an der Mainzer Str./ Ecke Welfenstr. durch Veränderung der Ampelschaltung beschleunigt werden können. Besonders die stark frequentierte Linie 6 würde davon profitieren.

19. 07-F-06-0037

Verkehrsabwicklung an der Brita-Arena
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 12.09.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Spätestens zum Sitzungszug November/Dezember 2007 ist den Stadtverordneten, dem zuständigen Ortsbeirat und der Öffentlichkeit ein Erfahrungsbericht zum Ablauf der bis zu diesem Zeitpunkt stattgefundenen Heimspiele des SV Wehen-Wiesbaden vorzulegen.

Darin ist insbesondere zu folgenden Punkten zu berichten: Verkehrsabwicklung, Nutzung der Parkmöglichkeiten, Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Fuß und Fahrrad, zu Verstößen gegen Ordnung u. Sicherheit sowie zu kritischen Einwendungen aus der Anwohnerschaft, von anderen Sportlern/Sportlerinnen und Vereinen, die das gesamte Stadiongelände mitnutzen, sowie Besucher/innen der Heimspiele.

Wenn notwendig sollten erste Vorschläge zur Verbesserung der Situation benannt werden.

20. 07-V-31-0002

DL 34/07-3, 32/07-8

Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im und am Stadion Berliner Straße ("Brita Arena")

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen verantwortlich.

Hinweis:

1. Die Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadtrat/Stadträtin) findet vor Eintritt in die Pause statt.
2. In der Pause werden die Stadträte Grella und Hessenauer verabschiedet.

Tagesordnung II

1. 06-S-00-0006

Beschlussfassung gemäß § 26 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) und § 57 der Ausführungsverordnung zum KWG (Kommunalwahlordnung - KWO) über Gültigkeit und über Einsprüche gegen die Wahlen von
- Stadtverordnetenversammlung
- Ortsbeiräten

ANLAGE

2. 06-V-69-0017

DL 09/07-5

Projekt Soziale Stadtteilerneuerung Inneres Westend; Ausbau des Dachgeschosses im Georg-Buch-Haus, Wellritzstraße 38

3. 07-A-02-0016

Wahl weiterer Schriftführer/innen
(Verwaltungsbedienstete/r nach § 61 HGO)

ANLAGE

4. 07-A-02-0028

Verleihung der Ehrenbezeichnung „Stadtältester“ an Herrn Stadtrat Grella und Herrn Stadtrat Hessenauer anlässlich ihres Ausscheidens als Dezernenten

ANLAGE

5. 07-A-02-0029

Nachwahl für die Regionalversammlung Südhessen - Nachfolge Frau Akasoy-Pertzborn

ANLAGE

6. 07-A-02-0030

Nachwahl für die Regionalversammlung Südhessen - Auscheiden Frau Mucha

ANLAGE

7. 07-F-01-0053

Platz der Deutschen Einheit
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.04.2007 -

ANLAGE

8. 07-F-06-0031

Bestand an Sozialwohnungsbauten erhalten bzw. ausweiten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 13.06.2007 -

ANLAGE

9. 07-V-10-0014

DL 30/07-11

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften
- Änderungen in den Besetzungen -

10. 07-V-10-0016

DL 33/07-7

Ordnung über Ehrungen durch die Landeshauptstadt Wiesbaden (Ehrungsordnung)

11. 07-V-10-0017

DL 33/07-8

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Kommissionen, Organen von Gesellschaften
und anderen Einrichtungen;
Nachfolge Stadtverordnete Rose-Lore Scholz

ANLAGE

12. 07-V-20-0026

DL 23/07-3

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden
2005

13. 07-V-20-0027

DL 29/07-1

Quartalsbericht 01/2007 Projekt inteR

14. 07-V-20-0031

DL 29/07-2

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

15. 07-V-20-0032

DL 29/07-3

Genehmigung der durch den Magistrat bis 31.03.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen

16. 07-V-20-0038

DL 30/07-15

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

17. 07-V-20-0039

DL 30/07-16

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

18. 07-V-20-0042

DL 32/07-11

Investitionscontrolling 1. Halbjahr 2007

ANLAGE

19. 07-V-20-0047

DL 32/07-7

Quartalsbericht 02/2007 Projekt InteR, Abschlussbericht Projekt inteR

20. 07-V-33-0006

DL 31/07-5

Integrationsbericht 2006

21. 07-V-37-0001

DL 33/07-9

Erhöhung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung von Einsatzpersonal der Feuerwehr für die Haushaltsjahre 2008 und 2009

22. 07-V-40-0003

DL 33/07-2, 30/07-10

Adalbert-Stifter-Schule - Grundsatzvorlage Ersatzbau Grundschule -

ANLAGE

23. 07-V-40-0031

DL 34/07-7, 33/07-12

Medieninitiative Schule@Zukunft;
Zusatzvereinbarung zwischen Kultusministerium und dem Schulträger für 2007 und 2008

24. 07-V-41-0020

DL 32/07-10

Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2006

25. 07-V-51-0021

DL 33/07-5

Krippenoffensive, Mehrkosten für den Umbau der Kita der Ev. Christophorusgemeinde

26. 07-V-51-0027

DL 29/07-5, 24/07-4

Bildung lokaler Netzwerke Kita - Grundschule

27. 07-V-51-0040

DL 31/07-4

Schaffung zusätzlicher Krippengruppen im Rahmen der Krippenoffensive

28. 07-V-52-0013

DL 33/07-10

Sanierungsmaßnahme Tribüne Stadion Berliner Straße

ANLAGE

29. 07-V-53-0127

DL 32/07-2

Gewährung eines Bauinvestitionskostenzuschusses an die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.,
Regionalverband Hessen-West

30. **07-V-66-0217** **DL 30/07-3**
Hagenauer Straße, Wiesbaden-Biebrich; Fußgängersicherung
31. **07-V-66-0219** **DL 30/07-4**
Fußgängersicherung, Rathausstraße, WI-Biebrich
32. **07-V-66-0223** **DL 30/07-6**
Umgestaltung Klagenfurter Ring, Wiesbaden-Biebrich
33. **07-V-66-0311** **DL 30/07-7**
Böschungssicherung im Bereich Berstädter Weg in Mainz-Kastel
34. **07-V-69-0007** **DL 30/07-9**
GMZ Schelmengraben, Sanierung der Lüftungsanlage
35. **07-V-69-0009** **DL 34/07-5**
Taanushalle Nordenstadt, Sanierung
36. **07-V-70-0004** **DL 29/07-7**
Frauenförderplan 2006-2011 für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Tagesordnung III

1. **06-V-66-0233** **DL 33/07-1**
Anschaffung von Parkscheinautomaten - Gartenfeldstraße Westseite

2. 07-F-01-0077

Freizeitgelände alter Friedhof
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.06.2007 -

ANLAGE

3. 07-V-08-0014

DL 30/07-12

Sanierung Kuppeln Russische Kirche -Budgetfreigabe

4. 07-V-11-5014

DL 32/07-4

Wegfall der bisher durch den LWV-Hessen für die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen gewährten Lohnkostenzuschüsse

5. 07-V-30-0013

DL 29/07-4

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Mainz-Kostheim

6. 07-V-30-0014

DL 31/07-1

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Mainz-Kastel/Amöneburg.

7. 07-V-41-0015

DL 32/07-9

Hess. Staatstheater Wiesbaden; Budget 2008

8. 07-V-41-0017

DL 31/07-3

Fluxus-Freunde Wiesbaden e.V./ Fluxus-Stipendium

9. 07-V-61-0010

DL 34/07-1, 33/07-3

Flächennutzungsplanänderung "Wohngebiet Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt
- Änderungsbeschluss -

10. 07-V-61-0027

DL 30/07-1

"Vorkaufssatzung Stielstraße / Simsenwies" im Ortsbezirk Schierstein

11. 07-V-61-0033

DL 34/07-2, 33/07-4

Bebauungsplan "Östlich der Ahornstraße" im Ortsbezirk Breckenheim
- Satzungsbeschluss -

12. 07-V-61-0048

DL 34/07-6, 33/07-11

Bebauungsplan Wellritztal 1. Änderung (Ergänzendes Verfahren nach § 215 a BauGB) in
Wiesbaden
- Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre nach § 17 Abs. 2 Baugesetzbuch
(BauGB) -

13. 07-V-66-0216

DL 30/07-2, 03/07-6

Planstraße 3582 - Neubau einer Erschließungsstraße auf dem ehemaligen Schlachthofgelände

14. 07-V-66-0222

DL 30/07-5

Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Wiesbaden-Biebrich

15. 07-V-66-0232

DL 33/07-6

Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Mainz-Kastel

16. 07-V-66-0307

DL 32/07-1

Abbruch der Bauernbrücke am Bahnhof Wiesbaden-Ost in Mainz-Amöneburg

17. 07-V-66-0312

DL 34/07-4

Grabenstraße/Parlamentsplatz; Finanzierung der Umgestaltung

18. 07-V-66-0313 DL 30/07-8
Fischerstraße - Rückbau und Umgestaltung durch MDC-Liliencarré
19. 07-V-69-0004 DL 31/07-6
Wohnungsbauprogramm 2006 Ausführungsvorlage
20. 07-V-70-0005 DL 30/07-13
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) für das Geschäftsjahr 2007
21. 07-V-70-0006 DL 30/07-14
Jahresabschluss 2006 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung
22. 07-V-82-0001 DL 32/07-3
Mobiliar Kurhaus
23. 07-V-82-0006 DL 32/07-5
Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Kurbetriebe der LH Wiesbaden
- ANLAGE

Zu dem nachfolgenden Punkt findet vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Sondersitzung des Ausschusses für Freizeit und Sport statt.

24. 07-V-52-0014 DL 34/07-2 NÖ
Ausrichtung der Veranstaltung "IRONMAN Germany 70.3" in Wiesbaden

Tagesordnung IV

1. **07-V-20-0033** **DL 30/07-1 NÖ**
Alten- und Pflegeheim AKK

2. **07-V-20-0035** **DL 29/07-1 NÖ**
Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht 06/2007

3. **07-V-20-0040** **DL 31/07-1 NÖ**
Kredite

4. **07-V-20-0041** **DL 30/07-3 NÖ**
Modifizierte Ausfallbürgschaft

5. **07-V-62-0006** **DL 33/07-3 NÖ**
Teilumlegungsplan

6. **07-V-67-0012** **DL 29/07-2 NÖ**
Krematorium Wiesbaden

7. **07-V-80-2317** **DL 30/07-2 NÖ**
Verzeichnis von Grundstücksvorlagen

8. **07-V-80-2322** **DL 29/07-3 NÖ**
Wohnbauflächen für junge Familien

- | | | |
|-----|-------------------------------------|----------------------|
| 9. | 07-V-80-2325 | DL 32/07-2 NÖ |
| | Grundstückstausch | |
| 10. | 07-V-80-2329 | DL 32/07-4 NÖ |
| | Verzeichnis von Grundstücksvorlagen | |
| 11. | 07-V-80-2330 | DL 32/07-3 NÖ |
| | Verzeichnis von Grundstücksvorlagen | |
| 12. | 07-V-80-2335 | DL 34/07-1 NÖ |
| | Erbbaurecht | |
| 13. | 07-V-80-8009 | DL 29/07-4 NÖ |
| | EXINA GmbH | |
| 14. | 07-V-82-0005 | DL 32/07-1 NÖ |
| | Carol-Nachman-Preis | |

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin